

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Wöchentliches Abonnementpreis durch die
Post bezogen und abholen vom Postamt 0,66 Mk.;
bei jeder Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pfg. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Deutsch-Deutscher).
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 25 Pfg., Familienanz. 15 Pfg.,
Vereinsanz. 10 Pfg., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 15.

Berlin, Sonnabend, 22. Februar 1908.

Wierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Preussisches Einkommensteuergesetz. — Der Arbeitsmarkt in Großbritannien im Jahre 1907. — Allgemeine Rundschau. — Tätigkeitsberichte. — Gewerksvereins-Zell. — Verbands-Zell. — Anzeigen-Zell.

Preussisches Einkommensteuergesetz.

Am 11. Februar beschäftigte sich die Petitionskommission des Abgeordnetenhauses mit den Petitionen auf Abänderung des Einkommensteuergesetzes. Es lagen im ganzen 15 Petitionen dieser Art vor, darunter auch die des Zentralrats der Deutschen Gewerksvereine, des Disverbandes der Gewerksvereine in Hagen i. W. Ferner Petitionen mehrerer westfälischer und rheinischer Städte u. a. In den Petitionen wurde die Aufhebung des § 23 Abs. 3 gefordert, die Einführung der Selbsteinköpfung von 1500 Mark Einkommen an, die Erhöhung des steuerfreien Einkommens von 900 auf 1200 bzw. 1500 Mark, die geringere Heranziehung der Einkommen bis zu 3000 Mark, die Erhöhung des Abzugsbetrages für jedes unterhaltunspflichtige Familienmitglied von 50 auf 150 Mark, Nichtanrechnung der Einkommen aus Ueberstunden- und Sonntagarbeit, ein Abzug für den Verschleiß von Handwerkszeug und Arbeitskleidung, und ferner der Kosten für eine Wartefrau zur Pflege der Kinder, wenn auch die Mutter zur Arbeit geht.

Der Referent, ein Mitglied der Zentrumspartei, beantragte, die Petitionen der Staatsregierung als Material zu überweisen.

Für seine Partei trat unser Verbandsvorsitzender Abg. Goldschmidt für Berücksichtigung bezw. Erwägung ein.

Die Herren Vertreter des Finanzministeriums baten, nicht über den Antrag auf Ueberweisung als Material hinauszugehen, da die Forderungen der Petenten unerfüllbar seien. Die Mehrheit des Abgeordnetenhauses habe durch wiederholten Beschluß zum Ausdruck gebracht, daß sie den § 23 Abs. 3 beibehalten wolle. Die Einführung der Selbsteinköpfung bei Einkommen von 1500 Mark ab, sei unausführbar. Die Zahl der Steuererklärungen betrage jetzt, wo die Selbsteinköpfung bei 3000 Mark Einkommen beginne, im ganzen 700 000. Wollte man die Selbsteinköpfung bei 1500 Mark beginnen lassen, dann würde sich die Zahl der Steuererklärungen auf 5 Millionen erhöhen. Ein so umfassendes Material könne dann nicht mehr bewältigt werden. Im übrigen habe jeder Steuerzahler, gleichviel, wie hoch sein Einkommen sei, schon jetzt das Recht, sich selbst einzuköpfen. Wollte man die Einkommen bis 1200 Mark steuerfrei lassen, so bedeute dies für den Staat eine Verminderung der Einnahmen um 17 Millionen Mark, bezw. von 33 Millionen Mark, wenn man das steuerfreie Einkommen auf 1500 Mark heraussetze. Das Halten einer Wartefrau müsse auf Kosten des Steuerzahlers geschehen. Wiege man einen Abzug hierfür zu, dann kämen auch alle die Leute, die ein Dienstmädchen halten, und verlangten, daß die Kosten dafür vom Einkommen in Abzug gebracht würden. Auch die Ueberstunden und Sonntagarbeit können nicht steuerfrei bleiben. Ärzte und Rechtsanwälte arbeiteten auch Sonntags und in Ueberstunden und müßten das Einkommen daraus gleichfalls versteuern. Der Verschleiß von Handwerkszeug und Arbeitskleidung sei schon jetzt abzugsfähig. Der Herr Finanzminister habe in einer im Juli vorigen Jahres herausgegebenen Verfügung darauf ausdrücklich aufmerksam gemacht. In dieser Verfügung heißt es wörtlich:

In keinem Falle darf außer acht gelassen werden, daß behufs Bestimmung des steuerpflichtigen Einkommens von dem durch die Auskunft des Arbeitgebers ermittelten Bruttoeinkommen die gesetzlichen Abzüge gemacht werden müssen. Demnach sind nicht nur die bei allen Arbeitnehmern vorkommenden Abzüge, insbesondere Beiträge zu Kranken-

Zwahlen- usw. Kassen, sondern auch, soweit sie bei der Veranlagung bekannt sind, in Gemäßheit der Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts die von dem einzelnen Arbeiter, oder von der betreffenden Arbeiterkategorie zu leistenden und aus dem Lohne zu bestreitenden Ausgaben zur Beschaffung von Werkzeugen oder Rohmaterialien, Fahrten zur Arbeitsstätte und dergleichen, sowie auch angemessene Aufwendungen zur Abnutzung des von den Arbeitern etwa herbeizuhaltenden Werkzeuges oder der Arbeitskleidung zu berücksichtigen.

Zu warnen sei vor einer Abänderung des Kommunalabgabengesetzes durch Zulassung einer geringeren Veranlagung der Einkommen bis zu 3000 Mark. Das werde den Frieden in den Gemeinden föhnen und deren Finanzen ruinieren. Die Hälfte der Gemeinden Preußens fundierten ihre Finanzen aus den Steuern der kleinen Einkommen.

Ueber die Erhöhung des Abzugs von 50 auf 150 Mark für jedes unterhaltunspflichtige Familienmitglied werde demnächst das Abgeordnetenhaus entscheiden, da ein bezüglicher Antrag aus dem Hause vorliege. Auch die in einigen Petitionen berührte Frage des Steuerprivilegiums der Beamten möge hier ausgeschieden werden, weil darüber bereits die Gemeindefunktion eine Entscheidung getroffen habe. Mit dem Beamtenbesoldungsgesetz solle auch diese Frage ihre Regelung erfahren.

Unser Verbandsvorsitzender Abg. Goldschmidt machte darauf aufmerksam, daß die Ueberweisung der Petitionen „als Material“ weiter nichts zu bedeuten habe, als die Anlegung von neuen, der Verstaubung preisgegebenen Aktensüfden; man könne ebenso gut auch sagen, als „Material für den Papierkorb“. Erst dann, wenn die Kommission seinen Antrag annehme, mindestens Ueberweisung zur Erwägung zu beschließen, sei die Regierung veranlaßt, die Petitionen zu prüfen und dem Hause Mitteilung von dem Resultat der Prüfung zu geben. Im anderen Falle werde man nie wieder etwas von den Petitionen zu hören bekommen. Die Arbeitgeber sehen nach wie vor eine unangenehme Belastung in der ihnen auferlegten Pflicht, die Einkommen ihrer Angestellten und Arbeiter anzugeben. Dasselbe Personal, das heute die 700 000 Steuererklärungen bearbeite, könne nicht 5 Millionen solcher Erklärungen in der dafür verbleibenden kurzen Zeit bewältigen. Das sei aber doch dadurch leicht abzuändern, daß man das betreffende Personal der Steuerbehörden entsprechend vermehre. Die Steuerungsverhältnisse machten eine Erhöhung der Beamtengehälter notwendig. Das habe auch die Staatsregierung anerkannt und dafür 110 Millionen Mark jährliche Mehrkosten in Aussicht genommen. Mit Rücksicht auf eben diese ausdrücklich anerkannte Teuerung werde man doch auch den Verlust von 17 Millionen Mark ertragen können, um das Einkommen der kleinen Leute bis zu 1200 Mark steuerfrei zu lassen. Wenn eine Arbeiterfamilie, aus welcher Vater und Mutter zur Arbeit gingen, eine Wartefrau hielten, dann sei dies doch nicht zu vergleichen mit dem Halten eines Dienstmädchens in den besser situierten Familien. Das Dienstmädchen solle nur die Hausfrau entlasten; ohne eine Wartefrau aber könne die Arbeiterfrau, die ihre Kinder doch nicht ohne Aufsicht zu Hause lassen könne, nicht zur Arbeit gehen. Gewundert habe ihm auch der Vergleich mit den Ärzten und Rechtsanwälten.

Wenn der Arbeiter, namentlich in der schweren Industrie, durch Ueberstunden und Sonntagarbeit seinem Körper eine übermäßige Kraftausgabe zumute, dann müsse er das Einkommen aus dieser Extraarbeit im wesentlichen zur Verbesserung seiner Nahrung verwenden. Ärzte und Rechtsanwälte aber brauchten um deswillen doch nicht mehr für ihre Nahrung auszugeben. Die Tatsache, daß für den Verschleiß von Handwerkszeug und Arbeitskleidung Abzüge gemacht werden dürfen, scheine noch nicht ausreichend bekannt zu sein. Die Zulassung einer geringeren Veranlagung der Einkommen bis zu 3000 Mark werde den Frieden in den Gemeinden nicht föhren, denn unter den Petenten

befänden sich doch auch Gemeinden, die solche Befürchtungen nicht hegten.

In den Gemeinden, die einen Kommunalsteuernzuschlag bis zu 400 Prozent erheben, sei die Steuerbelastung der kleinen Leute heute unerträglich geworden. Diese Sache föhre den Frieden und Schaffe viel Verbitterung.

Jedoch alle Bemühungen der beiden freisinnigen Mitglieder der Kommission, wenigstens den Beschluß auf Erwägung durchzusetzen, scheiterten. Mit allen gegen diese beiden Stimmen wurde der Antrag abgelehnt. Auch das Zentrum, das im Westen vielfach Versammlungen gegen die Härten im Einkommensteuergesetz veranstaltet hat, stimmte geschlossen gegen den freisinnigen Antrag auf Ueberweisung zur Erwägung. Die Kommission begnügte sich damit, Ueberweisung als Material zu beschließen.

Der Arbeitsmarkt in Großbritannien im Jahre 1907.

Mit gewohnter Schnelligkeit und Präzision bringt die amtliche englische Statistik eine Reihe von zahlenmäßig belegten Angaben über die wichtigsten Geschäftszweige auf dem britischen Arbeitsmarkte des Jahres 1907. Wir stellen hier nur die wichtigsten zusammen.

Die Beschäftigung während des abgelaufenen Jahres war in seiner ersten Hälfte eine recht zufriedenstellende. Die Kurve der Arbeitslosen fiel im April unter die des Durchschnittes der letzten zehn Jahre und stieg bis Ende August nur unerheblich, immerhin ein wenig sich über das Niveau des Jahres 1906 erhebend. Im letzten Quartal aber trat namentlich in der Metallindustrie, im Schiffbau und im Holzgewerbe ein derartiger Rückgang ein, daß das neue Jahr mit recht schlechten Aussichten beginnt. Wir vermögen uns daher auch nicht der etwas rosig gefärbten Auffassung des Berichtes anzuschließen, daß das abgelaufene Jahr im ganzen seinem Vorgänger gleiche und nicht ungünstig verlief, wenngleich dies für eine Reihe von Industriezweigen zutrifft. So besonders für den Kohlenbergbau, der schon im Vorjahre sich stark gesteigert hatte. Die Kohlenförderung war die höchste seit dem Jahre 1894 beobachtete. Auch das Textilgewerbe war gut beschäftigt, mit Ausnahme der Weberei, die unter den hohen Garnpreisen litt. Das Metallgewerbe verzeichnete gegen Ende des Berichtsjahres eine beträchtliche Abnahme der Beschäftigung, ebenso der Schiffbau, wenngleich dieser besser war als drei Jahre vor 1906. Unbefriedigend blieb der Stand der Beschäftigung im Baugewerbe.

Im Durchschnitt des Jahres 1907 war eine Ziffer als beschäftigungslos von 4,2 pCt. der rund 600 000 Mitglieder der Gewerksvereine zu verzeichnen, auf der sich diese Statistik aufbaute. In den beiden Vorjahren lautete diese Ziffer 4,1 bezw. 5,4 pCt. Das Maximum der letzten elfjährigen Beobachtungsperiode fiel auf das Jahre 1904 mit 6,5 pCt. Beschäftigungsloser, dagegen das Minimum auf das Jahr 1899 mit nur 2,4 pCt.

Die Vergleichung der einzelnen Monate des Berichtsjahres mit den drei vorhergehenden Jahren ergibt, daß die Ziffer der Beschäftigungslosen von 6,1 pCt., die der britische Arbeitsmarkt am diesmaligen Jahreswechsel verzeichnete, immerhin eine bedeutend hohe ist.

Sehr lehrreich sind die Angaben über die Lohnveränderungen im Berichtsjahre. In der Periode des Aufstieges, die Großbritannien seit der zweiten Hälfte des Jahres 1905 erlebt hatte, bezeichnet das abgelaufene Jahr den Höhepunkt in bezug auf den Stand der Löhne. Ja seit zuerst diese Statistik begonnen wurde, d. h. seit dem Jahre 1893, waren absolut höhere Löhne niemals bekannt geworden. Nur im Jahre 1900 stieg die Lohnrate um einen geringen Betrag mehr. Von den Lohnveränderungen waren 1 240 000 Arbeiter betroffen, jedoch nur 1000 mußten

sich Lohnabzüge gefallen lassen, die sich auf nur 2000 Mk. Wochenlohn belaufen. Dies gegen die Lohnsteigerung der ungeheuren Mehrzahl aufgerechnet, ergibt immer noch eine Lohnherabsetzung um den ungeheuren Betrag von nahezu 4 Millionen Mark Wochenlohn!

Angesichts der oben erwähnten durchaus nicht allzu günstigen wirtschaftlichen Lage des Inlandes könnte dies wundernehmen. Das Rätsel löst sich dadurch, daß ungefähr 1/3 der von einer Lohnveränderung betroffenen Arbeiter und sogar rund 1/2 der Lohnherabsetzungen aus dem Kohlenbergbau allein resultieren, der im abgelaufenen Jahre Steigerungen der Entlohnung erlebte, die von der Untergrenze von 15 pCt. gegen die bereits sehr hohen Löhne des Vorjahres bis auf 43 1/2 pCt. in schottischen Kohlengruben heraufgesetzt wurden. Alle anderen Gewerbezweige weisen zwar durchweg Erhöhungen der Löhne, aber doch nur solche in recht bescheidenem Umfange auf. Am meisten noch die Textilindustrie, in welcher 255 000 Arbeiter eine Steigerung um 240 000 Mk. Wochenlohn erzielten. Sieht man von den Kohlengrübern ab, so war die Lohnherabsetzung im Jahre 1906 sogar durchweg beträchtlicher.

Vergleicht man die Lohnveränderung -- Gewinn und Verlust gegeneinander aufgerechnet -- im Laufe der letzten 12 Jahre, so ergeben sich geringe Schwankungen mit durchweg steigender Tendenz der Löhne in der Periode 1896--1899, dann folgt ein rapider Aufschwung im Jahre 1900 von mehr als 4 Millionen Mark Wochenlohn, der alles bisher Dagewesene übertrifft, übrigens ebenfalls in der Hauptsache auf die Lohnherabsetzung der Bergleute zurückzuführen ist. Die Jahre 1901--1905 setzen zwar mit einem jähen Fallen der Löhne ein, das sich aber im Jahre 1905 auf nur einen kleinen Teil der beschäftigten Arbeiter erstreckt und dann wiederum dem Aufsteigen in den beiden letzten Jahren Platz macht. Im ganzen haben im Laufe dieser Periode die Lohnveränderungen sich auf rund 1 Million Arbeiter alljährlich erstreckt und die gestiegenen Löhne als Ganzes die gefallenen um mehr als das Dreifache übertraffen. Ein Ergebnis, das ohne die Hilfe der starken britischen Gewerkschaften sich wohl anders und ungünstiger für die Arbeiter gestaltet haben würde.

Verhältnismäßig unbedeutend waren die Veränderungen betreffs der Arbeitszeit während des Berichtsjahres. Sie erstreckten sich auf nur 34 000 Arbeiter und endeten in der Verkürzung von deren Arbeitszeit um 71 000 Stunden wöchentlich.

Was die Ausstände der Arbeiter anbelangt, so brachte das abgelaufene Jahr eine Vermehrung auf 550 Streiks gegen 486 im Vorjahre. Immerhin ist auch diese Ziffer nur eine mittlere während der letzten elfjährigen Periode. Allein wichtiger und den verhältnismäßig unbedeutenden Charakter dieser Streiks leitend angehend ist die Mitteilung, daß diesmal nur 143 784 Arbeiter an den Ausständen beteiligt waren, gegen 217 773 im Vorjahre und nicht weniger als 180 453 im Durchschnitt der letzten zehn Jahre. Noch bedeutsamer ist es, daß die Dauer der durch Arbeitsstreiks verlorenen Arbeitstage im Berichtsjahre sich nur auf 2 160 700 belief, gegen mehr als 8 Millionen im Jahre 1906. Ueberhaupt war die Dauer der Arbeitsstreiks die kürzeste jemals beobachtete, mit Ausnahme des Jahres 1904, da nach langer Stagnation des gewerblichen Lebens dieses wieder auszubilden begann. Im Vorjahre war die Zahl der beteiligten Arbeiter wie die Dauer der Streiks weitaus höher im Metallgewerbe und Schiffbau, während sie jetzt darin viel geringer war bei ungefähr gleicher Anzahl von Streiks. Sie war damals ungefähr dreimal so hoch wie jetzt. Auch im Bergbau sank die Zahl der Streikenden und die Dauer der Ausstände gegen das Vorjahr um nahezu die Hälfte. Beträchtlich gefallen ist die Zahl der Ausständigen in der Textilbranche, während die Dauer der Ausstände nur um ein Geringes sank. Stark zugenommen haben die Ausstände im Schneidergewerbe und im Transportgewerbe; in den Baugewerben blieb die übrigens ganz unbedeutende Ziffer der Streikenden nicht viel über 1000, ziemlich unverändert, es fiel aber stark die Länge der Ausstände um nahezu ein Drittel. Wenn Scharfmacher oder Unkundige übrigens immer darauf hinweisen, daß Großbritannien trotz seiner Sozialgesetzgebung, seiner freien Institutionen und seiner mächtigen Gewerkschaften immer noch keine bedeutende Abnahme der Streiks zu verzeichnen hatte, so ist das einfach erfunden, sofern man die Ziffern seit dem Jahre 1897 mit den gegenwärtigen vergleicht. Daß der soziale Frieden im Handumdrehen kommen würde, und namentlich in einer Zeit starker industrieller Schwankungen, kann im Ernst niemand erwarten. Immerhin sind erhebliche Fortschritte friedlicher Einigung durch die Gewerkschaften gemacht worden, die sich künftighin immer noch mehr verstärken werden.

Endlich zeigte sich die Rehrseite jedes Aufschwunges auch im Berichtsjahre, eine beträchtliche Preissteigerung, die hier nur an den Engrospreisen gemessen wurde. Nimmt man das Jahr 1900 als das maßgebende mit 100 an, so erhoben sich die Preise im

Ganzen nach anfänglichem Falle seither auf 100,5 im Jahre 1906 und auf 105,8 im Berichtsjahre. Nicht weniger als 37 Artikel von den 45, deren Preise bezeichnet wurden, hatten eine Steigerung aufzuweisen. Darunter befanden sich gerade mit hohen Steigerungen viele für die Arbeiter wichtige Artikel, wie Weizen, Tabak, namentlich Kohlen. Aber auch die Weizenpreise waren 8--9 pCt. höher als im Vorjahre und standen überhaupt höher als seit dem Jahre 1898, wo die bekannte Operation in Chicago sie festsetzte, die dann zusammenbrach. Die Metallpreise waren zwar im Fallen begriffen und auch die von Kaffee, aber die konnten die Arbeiterlage nicht berühren.

Tropdem ist das Gesamtbild des britischen Arbeitsmarktes beim Eintritt in das laufende neue Jahr kein unglückliches. Besonders weil hinter den Arbeitern die Macht ihrer maßgebenden Organisationen steht, die auch in Zeiten sinkender Konjunktur verhalten wird, daß sie wirklich Not leiden, und eine Katastrophe eintritt, was ohne sie nicht ausbliebe.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, 21. Februar 1908.

Weltanschauung und Arbeiterbewegung. Zum letzten Male richten wir von dieser Stelle aus an sämtliche Ortsverbände und Ortsvereine das Ersuchen, uns umgehend, spätestens aber bis zum 1. März mitzuteilen, ob und wieviel Exemplare sie von der Broschüre *Weltanschauung und Arbeiterbewegung* noch zu beziehen wünschen. Es sind zwar bis jetzt schon zahlreiche Nachbestellungen eingelaufen, zur Herstellung einer neuen Auflage aber reichen sie nicht aus. Wir bitten deshalb nochmals, von dieser Notiz Kenntnis zu nehmen und umgehend die Zahl der noch gewünschten Exemplare an den Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221/23 zu melden.

Die Krankenbegünstigung des Verbandes der Deutschen Gewerkschaften (D.G.) hält am Sonntag, den 23. Februar, vormittags 9 1/2 Uhr, im Verbandshaus zu Berlin ihre Generalsammlung ab. Außer den üblichen Wahlen steht die Beratung von Anträgen auf der Tagesordnung. Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß die weiblichen Mitglieder sich durch Gemeinamer, Väter, Brüder oder sonstige Gewerkschaftsmitglieder vertreten lassen können, die hierdurch zu zahlreichem Erscheinen eingeladen werden.

Zur Frage des Hilfskassengesetzes veröffentlicht die *Magdb. Ztg.* vom 18. d. Mts. eine Zuschrift, der auch wir mit Rücksicht auf die Wichtigkeit des Gegenstandes gerade für die Deutschen Gewerkschaften Raum geben möchten. Diese Zuschrift lautet: „Wie von gut unterrichteter Seite verläutet, soll sich die Ansicht der maßgebenden Regierungskreise über die „Eingekassierten Hilfskassen“ berast geändert haben, daß die Zurückziehung des erst im vorigen Jahre eingebrachten Gesetzentwurfs über die freien Hilfskassen beabsichtigt wird. Dem Vernehmen nach soll in Verbindung mit der in Aussicht gestellten, im Jahre 1909 zu erwartenden Novelle zum Krankenversicherungsgesetz die Aufhebung der Hilfskassen als Ersatzträger der Krankenversicherung erfolgen und ihnen nur die Rolle von Zuschußpartnern vorbehalten.“

So unwahrscheinlich diese Bemerkung angesichts der vor zwei Jahren mehrfach kundgegebenen Absichten der Regierung auch klingen mag, so gewinnt sie doch an Wahrscheinlichkeit durch die Tatsache, daß der bereits im Mai v. Jz. erneut eingebrachte Entwurf eines Gesetzes über die Hilfskassen, trotzdem er bereits in der 18. Kommission des vorigen Reichstages beraten und angenommen worden ist, zurzeit in der gegenwärtigen Tagung des Reichstages noch nicht einmal die erste Lesung passiert hat. Der letztere Umstand gewinnt um so mehr an Bedeutung, als das neue Gesetz am 1. Januar 1909 in Kraft treten sollte, welcher Zeitpunkt nur aber, da alle betroffenen Hilfskassen vorher noch die Genehmigung erneut einzuholen haben, kaum innegehalten werden kann.

Wir meinen jedenfalls, daß es im Interesse der Hilfskassen liegt, von dieser Sachlage unterrichtet zu sein, damit sie, wenn möglich, den ihnen erneut drohenden Schlag abwehren, zum mindesten aber eine Aufklärung über die Absichten der Regierung und über die Aufstellung der Verhandlung im Reichstag herbeiführen können.“

Auch uns erscheint die Sinnesänderung der Regierung nicht recht wahrscheinlich und erklärlich, trotzdem können wir den Vermutungen eine gewisse Berechtigung nicht abprechen. Jedenfalls haben die freien Hilfskassen alle Ursache, der ganzen Angelegenheit eine erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen.

Zur Frage der Wertwachsteuer haben diese Woche die Vertreter der gesamten Ortsvereine der Deutschen Gewerkschaften (D.G.) von Nürnberg, Fürth, Schwabach, Erlangen und Roth Stellung genommen und an das bayerische Abgeordnetenhaus folgende Petition abgeandt:

„Die Königlich Bayerische Staatsregierung zu ersuchen, daß sie dem Landtage nochmals einen Gesetzentwurf

vorlegt, der gestattet, die innerhalb der Stadtgrenzen liegenden Grundstücke nach dem gemeinen oder Verkaufswert statt nach dem Ertragswert zu besteuern, und gleichzeitig bestimmt, daß bei dem Verkauf von Grundstücken für den unveränderten Wertzuwachs eine Zuwachsteuer erhoben wird.“

Wir weisen darauf hin, daß in verschiedenen Bundesstaaten diese bodenreformerischen Steuerarten reiche Einkommensquellen geschaffen haben und hoffen, daß auch Bayern nun bald auf dem wichtigen Gebiet der Steuerreform Wege finden wird, die die nötigen Mittel aufbringen, ohne die wertmäßige Bevölkerung zu belasten.

Hoffen wir, daß die Petition den erhofften Erfolg zeitigt.

Arbeiterbewegung. Auf den Howaldtswerken bei Kiel sind wegen der Entlassung eines Arbeiters Differenzen entstanden, so daß 300 Arbeiter in den Ausstand traten. Ob darunter auch Gelbe sind, die bekanntlich auf den Howaldtswerken sich recht breit machen, ist uns bis zur Stunde nicht bekannt geworden. -- Der Glasmacherstreik in Rauscha wurde nach erfolgreichen Einigungsverhandlungen beigelegt und die Arbeit in vollem Umfange wieder aufgenommen. -- In der Schuhfabrik von Schloß & Co. in Fürth sind die Arbeiter in den Streik getreten, weil die Firma jedes Entgegenkommen zu der Forderung der Einführung des 9 stündigen Arbeitstages ablehnte. -- Auf der Zinkergarbe in Neuhof bei Weizhen und auf der Viktoriagrube ist der größte Teil der Belegschaft, darunter zahlreiche Frauen, in den Streik getreten, weil sie mit den bei der letzten Lohnzahlung gemachten Abzügen für die Pensionskasse nicht einverstanden war. Es haben sich jedoch zahlreiche Arbeitswillige gefunden, so daß der Streik als beendet angesehen werden kann. -- In der Berliner Kistenindustrie ist es zu Tarifdifferenzen gekommen. Die Fabrikanten haben einen Tarif ausgearbeitet, der nicht allein Lohnabzüge, sondern auch eine Erhöhung der Arbeitszeit den Arbeitern bringt. Diese wollen sich solche Verschlechterungen nicht gefallen lassen und mit aller Energie gegen den Tarif Stellung nehmen. -- In Straubing (Niederbayern) ist den im Baugewerbe beschäftigten Arbeitern der alte Tarif gekündigt und ein neuer vorgelegt worden, der eine Erniedrigung der Löhne enthält. Die Arbeiter sind entschlossen, diese Verschlechterung zurückzuweisen. -- Zum Streik ist es auf der Glashütte zu Didenburg i. Gr. gekommen. Ein Teil der Arbeiter wollte sich eine Verkürzung der Löhne mit gleichzeitiger Verlängerung der Arbeitszeit nicht gefallen lassen und trat in den Ausstand. Daraufhin hat die Betriebsleitung auch sämtliche andere Arbeiter ohne Innehaltung der Kündigungsfrist entlassen. -- Die Revolverdehner in der Automobilfabrik in Ober-Schönweide haben wegen fortgesetzter Alfordabzüge sich genötigt gesehen, die Arbeit niederzulegen und befinden sich im Streik. -- In der Maschinenbauanstalt und Eisengießerei von Jagmann in Berlin haben sämtliche Metallarbeiter, mit Ausnahme der Former, wegen 20prozentiger Lohnabzüge heute morgen ihre Beschäftigung nicht wieder aufgenommen.

Die Aussperrung der Schiffbauarbeiter an der Nordostküste von England hat begonnen. Ursache des Konflikts ist die Weigerung der Arbeiter, sich eine Herabsetzung der Löhne gefallen zu lassen. Ueber 80 000 Arbeiter werden von der Aussperrung betroffen.

Die Birkensprekennung des Bundes der Landwirte, die alljährlich unter dem Namen *Generalversammlung* in Berlin stattfindet, liegt wieder einmal hinter uns. Wie in den früheren Jahren, ist die Veranstaltung trefflich gelungen. Hatte man es doch verstanden, erste Kräfte für die Vorstellung zu gewinnen. Den Schluger bildete das Auftreten des früheren preussischen Landwirtschaftsministers von Roddebeck, der natürlich mit seinen eigenartigen Ausführungen förmlichen Beifall erntete. Außer ihm mußten sämtliche Paradesperde des Bundes ihre Kräfte zeigen. Die Stimmung war eine vorzügliche. Nichts mehr von dem scharfen Ton, wie er früher von einem Ruprecht von Ranzen oder von einem Herrn von Dieß-Daber angeschlagen wurde! Die Herren Agrarier haben ja auch keine Ursache mehr dazu; finden sie doch bei der Regierung trotz des Postarbeits auch jetzt noch in jeder Beziehung das denkbar größte Entgegenkommen.

Wir wollen auf die einzelnen Beschlüsse nicht näher eingehen, sondern nur mitteilen, daß der Bund eine statliche Macht repräsentiert. Auf nahezu 300 000 ist die Zahl seiner Mitglieder angewachsen, und nicht weniger als 8586 Versammlungen sind von ihm im letzten Jahre veranstaltet worden. Die gesellschaftliche Zentralklasse des Bundes hatte im vergangenen Jahre einen Umsatz von 178 Millionen Mark.

Interessant ist die Zusammensetzung des Bundes. 84 1/2 Prozent der Mitglieder sind Kleingrundbesitzer, 14 1/2 Prozent Mittelbesitzer und nur 1/2 Prozent besitzt den Großgrundbesitz. Man könnte daraus wirklich schließen, daß der Bund der Landwirte in der Hauptsache eine Vertretung der Klein- und Mittelbauern ist. Dieser Schluß wäre aber falsch, denn die wenigen

Großgrundbesitzer haben es verstanden, sich völlig zu...

Aber wie es auch sei, immerhin stellt der Bund eine Macht dar, die es verstanden hat, sich einen gewaltigen Einfluss auf die Entwicklung unseres Wirtschaftslebens zu verschaffen.

Wie die „Wesden“ für Zuwachs sorgen. In Nr. 7 des „Bund“, des gelben Zentralorgans, lesen wir unter der Überschrift: Unterstützungsberein...

- 1. Bei Geburten ehelicher Kinder von Mitgliedern: für jedes lebendgeborene Kind 25,00 Mk. also für lebendgeborene Zwillinge 50,00 Mk. für lebendgeborene Drillinge 75,00 Mk. usw. 2. Bei Geburten unehelicher Kinder weibliche Mitglieder: für jedes lebendgeborene Kind 15,00 Mk. also für lebendgeborene Zwillinge 30,00 Mk. für lebendgeborene Drillinge 45,00 Mk. usw. Und weiter heißt es dann unter Punkt 5.

Wenn das nicht zieht, zieht gar nichts mehr. Gleich zwei Fliegen werden da mit einer Klappe getroffen. Erstens geht doch der eine oder andere Arbeiter in die Falle und verzichtet in seinem Unverstand auf sein Koalitionsrecht.

Der Wert der Tarifverträge wird immer mehr erkannt. Das zeigt eine Eingabe, die der Verband der Baugeschäfte von Berlin und Vororten dem Berliner Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung eingereicht hat und in der es u. a. heißt:

Es dürfte allgemein bekannt sein, daß in den weit-aus meisten Gewerben, welche bei schädlichen Arbeiten in Betracht kommen, die Lohn- und Arbeitsbedingungen durch Tarifverträge mit den Organisationen der betreffenden Arbeitnehmer geregelt sind. Man mag über diese Institutionen denken wie man will, sicherlich sind sie heute das beste Mittel zur Erhaltung friedlicher und geordneter Zustände im Gewerbeleben.

Solche Dokumente muß man sich aufheben, um sie bei gegebener Gelegenheit den Scharfmachern entgegenzuhalten, die die Bedeutung der Tarifverträge für das wirtschaftliche Leben noch nicht genügend kennen und würdigen gelernt haben.

Der Bäuerbund (Deutschland) versendet seinen ersten Geschäftsbericht. Die Gründung des Bundes ist eine der Nachwirkungen der Seimarbeitsaufstellung, welche als ein starker Appell an das öffentliche Gewissen gewirkt hatte.

beten, abends nicht nach 8 Uhr und an Sonntagen nur das Innerlichste einzutauschen; Bestellungen, besonders bei Saisonarbeiten und vor Festen, sind rechtzeitig aufzugeben, um allzulange Arbeitszeit und Überanstrengung der Arbeiter und Angestellten zu vermeiden.

Männer und Frauen der verschiedensten Richtungen arbeiten im Vorstand und im Bund zusammen. Der Bund hat weit über Berlin hinaus Mitglieder gewonnen; auch sind Vorarbeiten zur Gründung von Ortsgruppen im Gange.

Von einem Ueberangebot von Arbeitskräften in der Landwirtschaft weiß die „Arbeitsmarktkorrespondenz“ zu berichten. Danach soll in diesem Winter das Arbeiterangebot so reichlich sein wie selten in einem der letzten Jahre um die nämliche Zeit.

Die 7. Volksvorlesung der Generalintendantur der Königl. Schauspiel in dieser Saison findet am Dienstag, den 25. Februar, abends 8 Uhr im Neuen Königl. Operntheater (Kroll) statt. Zur Auf-sührung gelangt: Der Postillon von Conjeux von Adolphe Adam. Der Billetterverkauf erfolgt wie bisher in den bekannten Verkaufsstellen des Vereins für Volksunterhaltungen.

Tätigkeitsberichte der Ortsverbände über das Jahr 1907.

Die laufenden Geschäfte wurden in einer General-versammlung, 3 Plenarversammlungen, 5 Ausschuß- und 3 kombinierten Ausschußsitzungen erledigt. Durch Veranstaltung einiger Vergünstigungen wurde zunächst das Zusammengehörigkeitsgefühl unter den Mitgliedern zu fördern gesucht. Der Stand der Mitglieder betrug 400 am Anfang und 422 am Ende des Jahres.

gliedern betätigt werden, damit der Ortsverband mehr leisten kann. Wilh. Frieber, Schriftführer.

Ortsverband Bitterfeld.

Der Ortsverband erledigte seine Geschäfte in 11 Vertreter- und 2 Kommissionsitzungen, 3 kombinierten Vorstandssitzungen und 4 Ortsverbandssammlungen. Öffentliche Versammlungen fanden 8 statt und zwar zur Gründung eines Ortsvereins in Jöbzig, wo Referent der Agitationsleiter Pulz sen. war.

Ortsverband Breslau.

Im Jahre 1907 fanden 6 Ausschußsitzungen, 4 komb. Vorstandssitzungen und 4 Mitgliederversammlungen statt. In jeder der letzteren wurden lehrreiche Vorträge aus dem Gebiete der Arbeiterbewegung sowohl, als auch über das allgemeine Interesse berührende Fragen gehalten.

Ortsverband Dessau-Roßlau-Maguhn.

Die Tätigkeit des Ortsverbandes erstreckte sich auf 2 Ortsverbandssammlungen in Dessau, eine in Roßlau und eine in Maguhn, drei Vorstandssitzungen und vier kombinierte Ausschußsitzungen. Vorträge wurden gehalten von den Kollegen Ruderer-Magdeburg über den 16. Verbandstag und Bräuer-Magdeburg über: „Erweiterte Ortsverbände“.

abgelehnt, sich dem Gesamtverbande der Deutschen Gewerbetreibenden anzuschließen. Zu einer Konferenz nach Magdeburg wurde der Vorliegende Kollege Weibel delegiert. Am 2. Juni wurde eine Dampfperforator nach Wittenberg und am 11. August ein Sommerfest veranstaltet. Mit dem Abschluß des Jahres konnten wir zufrieden sein. Bei der Auslosung der Schöffsen wurden zum ersten Male drei Gewerbetreibende gewählt und zwar die Kollegen Krause und Gummel-Deffau und Tramer-Koslau. Mit fräftiger Agitation setzten wir in die Gewerbetreibendewahl in Koslau ein. Der Erfolg war, daß wir von 9 Bewerbern 3 erhielten. Nicht vergessen will ich auch die Lokalpresse von Deffau und Koslau, welche bei allen Gelegenheiten zur Verbreitung unserer Ideen, sowie zur Abwehr von Angriffen der gegnerischen Organisationen, uns ihre Spalten offen hielt. Nun zum Schluß mahne ich im Interesse unserer Organisation zur Einigkeit, denn nur dadurch kann unsere gute Sache vorwärts gehen. Einigkeit macht stark und führt zum Ziel!

Wilhelm Mangelsdorf, Sekretär.

Ostverband Teuchern und Umgegend.
 Unser Ostverband erledigte seine Geschäfte in 5 Ausschickungen und 4 Ostverbandsversammlungen. Der Ostverband besteht gegenwärtig aus 6 Ortsvereinen, die sämtlich dem Gesamtverein der Fabrik- und Handarbeiter angehören.
 In der ersten Versammlung am 3. Februar in Teuchern sprach Kollege Pulz-Bitterfeld über Berufsvereine, Beitragserhöhung und über den nächsten Verbandstag. In der zweiten Versammlung in Trebnitz, am 12. Mai, referierte Kollege Schröder über das Unfallversicherungsgesetz. In der dritten Versammlung am 15. September in Schortau, war nochmals Kollege Pulz-Bitterfeld erschienen und erstattete Bericht über die Verhandlungen des letzten Verbandstages. Die vierte Versammlung fand am 15. Dezember in Rumbach statt, wo wiederum Kollege Schröder einen lehrreichen Vortrag über Unfallversicherung hielt. Der Besuch der Versammlungen war nicht immer gut. Wir wollen hoffen, daß das neue Jahr besser ist und die Mitglieder tätiger sind. Der Ausschuß wird es an sich niemals fehlen lassen.
 Oswald Reisch, Ostverbandschriftführer.

Ostverband Wanne.
 Unser Ostverband hat im vergangenen Jahre den Einfluß der Hochkonjunktur kennen gelernt. Die Arbeiter denken nicht daran, sich einer Organisation anzuschließen, glauben vielmehr, daß die sieben fetten Jahre niemals vorübergehen. In solcher Zeit werden die organisierten Arbeiter sogar bisweilen noch verhöhnt. Wenn dann aber wie jetzt die Not hereinbricht, dann möchte sich alles unter die schirmenden Fittiche der Organisation flüchten. Ueber die Teilnahmebereitschaft der Organisation gegenüber, haben sich die Altverbänder, sowie die Christlichen und Polen allerdings ebenso zu beklagen.
 Unsere Tätigkeit erstreckte sich im verflossenen Jahre auf 11 Ortsverbandsversammlungen, 3 Bezirkskonferenzen und 12 öffentliche Versammlungen. Als Referenten hielten wir die Kollegen Traber-Berlin, Hammer-Oberhausen, Schäfer-Seyrum, Sarkis-Banne und Babjonn-Banne. Die Knappschaffswahl in Köhlinghausen verlief für uns leider erfolglos, dank der gemeinen Kaufmannschaft der Christlichen. Allerdings auch die Altverbänder sind uns öfter in unserer Agitation hemmend in den Weg getreten. Es scheint so, als wenn in letzter Zeit in dieser Beziehung eine kleine Besserung eintreten sollte. In Anbetracht der schwierigen Verhältnisse fehlen uns die genügenden Kräfte, um die Mitglieder gehörig zu schulen und zu disziplinieren. Hier muß zuerst der Hebel angefaßt werden. Ein gutem Willen mangelt es uns nicht, deshalb kann auch der Erfolg nicht ausbleiben.
 Gustav Babjonn, Schriftführer.

Gewerbetreibenden-Zeil.
 Berlin. Die Berliner Handelshilfsarbeiter-Vereinigung nahm in ihrer Mitgliederversammlung am 12. d. Mts. den Bericht über die Konferenz des Zentralrats mit den Generalräten entgegen. Kollege Scheffler, der an Stelle des am Erscheinen verhinderten Kollegen Lindner eingetragener war, verbreitete sich in großen Zügen über das Verhandlungsmaterial und erläuterte im einzelnen die angenommenen Forderungen, an deren Hand die Kollegen in die Lage versetzt würden, agitatorisch und organisatorisch

für die Gewerbetreibenden zu wirken. Mit der diesbezüglichen Aufforderung schloß der Vortragende seine mit Freifall aufgenommenen Ausführungen. In der nun folgenden Diskussion jagte Kollege Dietert, den Ausführungen des Referenten allgemein zustimmend, Vergleiche zwischen den verschiedenen Organisationsrichtungen in Deutschland. Redner erklärte die Gewerbetreibenden als diejenigen Organisationen, die am besten geeignet und in der Lage seien, das Wohl der Arbeiter zu fördern, weil sie, religiös und parteipolitisch unabhängig, sich unbeeinträchtigt der Besserung der Berufsfrage widmen können. Nach einer kurzen Bemerkung des Kollegen Hoffmann und dem Schlußwort des Referenten wurde folgende Resolution angenommen: „Die heutige Versammlung der Berliner Handelshilfsarbeiter-Vereinigung nimmt Kenntnis von dem Bericht der Konferenz der Zentralrats mit den Generalratsvertretern. Sie begrüßt diese Kundgebung auf das freudigste und erwartet mit Bestimmtheit, daß die praktische Ausnutzung der aufgestellten Forderungen von den Kollegen unverzüglich in die Hand genommen wird. Die Unversetzten verpflichten sich zugleich, an der Ausbreitung der Gewerbetreibenden sowie an der Schaffung eines Berufsgewerbetreibenden energisch mitwirken zu wollen.“ Unter Verschleusen gelangte ein Antrag zur Annahme, einen einmaligen Beitrag von 50 Pfg. pro Mitglied zu erheben zur Schaffung eines Wahl-Agitationsfonds. An die Mitteilung der am Abend vorher angenommenen Resolution betr. Arbeitslammern wurde die Aufforderung geknüpft, die von der Verbandsleitung einberufenen Versammlungen rege zu besuchen und sich so mit den großzügigen Forderungen, die uns Gewerbetreibenden beschäftigen, vertraut zu machen. Zum Schluß gedachte noch der Vorsitzende des nun hinter uns liegenden ersten Geschäftsjahres und ermahnte die Kollegen, sich aufeamt tatkräftig der Agitation zu beteiligen.
 W. Hilbert.

§ Gotha. Schon seit längerer Zeit besteht hier unter einem Zell der Holzarbeiterverbänder sowie auch unter den unorganisierten Holzarbeitern der Wunsch, sich einer neutralen Berufsorganisation anzuschließen. Diefelben haben keine Lust mehr, sich dem Terrorismus der „Freien“ zu beugen. Diese Klänge führten zunächst zu einer Besprechung am 26. Januar. Am 8. Februar fand dann eine Versammlung statt, in welcher ein Ostverein der Tischler und verwandter Berufsgruppen ins Leben gerufen wurde. In einer zweiten Versammlung, am 15. Februar, erschien dann Kollege Schröder-Halle, der in längeren Ausführungen die Lage der deutschen Arbeiter und die Zwecke und Ziele der Deutschen Gewerbetreibenden den Anwesenden vor Augen führte. Auch in dieser Versammlung zeigte es sich, mit welcher Geduld die Verbänder selbst untereinander sich bekämpfen. So mancher von ihnen würde gern dem Verbände den Rücken kehren, wenn er nicht den von jener Seite geübten Terrorismus fürchtete, der jede freie Meinungsäußerung unterdrückt. Hoffentlich gelingt es dem neuen Ostverein, bessere Verhältnisse zu schaffen.
 D. 2.

Verbands-Zeil.
Versammlungen.
 Berlin. Diskussionsklub der Deutschen Gewerbetreibenden (G.D.). Verbandsbau der Deutschen Gewerbetreibenden, N.O., Greifswalderstr. 221/223. Sitzung jeden Mittwochs, abends 8 1/2-10 1/2 Uhr. Vortrag des Kollegen Lewin: „Unfallversicherungsgesetz“. Gäste willkommen.
 Gewerbetreibenden-Klub (G.D.). 2. Josa Donnerstags, abends 8-11 Uhr, Nebungsstunde zu Verbandsbau der Deutschen Gewerbetreibenden (Greiner Stadl). Gäste herzlich willkommen. — Diskussionsklub Waabitz. Jeden Freitag, Sitzung bei Rabau, Waldstraße 53. Gäste sehr willkommen.
 Maschinenbau: a. Metallarbeiter II. Sonnabend, 22. Februar, abends 8 1/2 Uhr, Straußstraße 86a. 1. Mitteilungen. 2. Monatsbericht. 3. Unterstützungsgesuch. 4. Vortrag des Rgl. Gewerbetreibenden Herrn Dr. Fischer. 5. Verschleusen und Fragebogen. — Konditionen Berlin. Dienstag, 25. Februar, abends 8 1/2 Uhr in Thiers Platz, 61, Ecke Urbanstraße, Große öffentliche Versammlung. Vortrag über: 1. „Warum wollen wir in der Ostkrantentafel mitarbeiten?“ Referent Kollege Ertelen. 2. Zweck und Ziele unserer Organisation“. — Maschinenbau und Metallarbeiter IX und XII. Mittwoch, 26. Februar, abends 8 Uhr bei Lehmann,

Brunnenstr. 119. I. D.: Wahlrechtsfragen, spez. in Preußen. Fragen über Unfallversicherung. Referent: Verbands-Sekretär Ertelen. — Bildhauer. Montag, 24. Februar, abends 9 Uhr, Versammlung bei Freund Dresdenerstr. 10.

Orts- und Regionalverbände.
Sonne (Ostverbands). Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, nachm. von 4-5 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Bildhauer-Schulte-Mattler, Diskussionsklub. — Wachen (Diskussionsklub). Jeden 2. und 4. Sonnabend im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Diskussionsklub bei Leichter, Ecke Hanfmannplatz u. Züllichstraße. — Hamburg (Ostverbands). Jeden Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr präz., in Hüftmanns Hotel, Poststraße, Diskussionsklub. — Spandau (Diskussionsklub der Deutschen Gewerbetreibenden, G.D.). Jeden Dienstag, abends 8 Uhr, im Vereinslokal zur Palme, Ritterstraße, Sitzung. Gäste willkommen. — Weisenkirchen (Sängerchor der Deutschen Gewerbetreibenden). Jeden Sonnabend, abends 9 Uhr, Probe, im Verkehrslokal Pieper (früher Uckerh.), Schäfer- und Florstraßen-Ecke. Gäste herzlich willkommen. — (Diskussionsklub). Die Sitzungen finden jede Woche Mittwochs, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Behle, Brückstraße 16, statt. Gäste willkommen. — Dresden (Diskussionsklub). Die Sitzungen finden regelmäßig jeden Dienstag abends 8 1/2 Uhr im Sanderplatz, Weberstraße 28, statt. Gäste willkommen. — Liegnitz (Diskussionsklub). Die Sitzungen finden jede Woche Donnerstags, abends 8 1/2 Uhr, im „Fritz von Preußen“ statt. Gäste willkommen. — Brandenburg (Diskussionsklub). Sitzung jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, vormittags von 10-12 Uhr bei Schmidt, Kurstraße 51. — Hagen und Umgegend (Diskussionsklub). Jetzt jeden Donnerstag, abends Punkt 8 1/2 Uhr, Sitzung bei Strohmayer, Kirch- und Bergstr.-Ecke. — Wachen (Ostverbands). Jeden dritten Sonntag im Monat (11 Uhr) Vertreterkongress in Wachen, Züllichstr. 72, Restaurant „Zur Post“. — Köln (Diskussionsklub). Sitzung jeden Donnerstag, abends 9 Uhr, im Restaurant „Bater Rolping“, Elfergasse. — Ober-Schöneweide (Diskussionsklub). Sitzung alle 14 Tage Mittwochs bei Steiner, Wilhelmstr. 14. Gäste willkommen.

Literatur.
Internationale Uebersicht über Gewerbehygiene. Nach den Berichten der Gewerbe-Inspektoren der Kulturländer. Bearbeitet von Dr. E. Reisser, Berlin. Verlag Gutenberg, Berlin W. 85. Mit Rücksicht auf die große Zahl der Gewerbebetriebe hat die Festlegung mannigfache Vorschriften zum Schutze von Leben und Gesundheit der Arbeiter erlassen. Ein hohes Maß von Mitverantwortung für ihre Gesunderhaltung tragen aber die Arbeiter selbst. Sie müssen sich daher unterrichten über die Gefahren, die im Betriebe durch die Art der Arbeit ihrer Gesundheit drohen. Für diese Information bietet das Buch von Dr. Reisser reichen Stoff. An Hand der Berichte der Fabrikinspektoren der Einzelstaaten Deutschlands, fernere Österreichs, der Schweiz, Großbritanniens, Frankreichs der Niederlande, Dänemarks und der Vereinigten Staaten von Nordamerika, hat der Verfasser die Ursachen und Art der verschiedenen Gewerbekrankheiten zusammengestellt. Die Vergiftungen, Infektionskrankheiten und Zoonosen umfassen 13 verschiedene Arten. Es gehören hierzu die Bleierkrankungen, die Phosphornotröse, die Antlivergiftungen, die Duschfieber, Arsen-, Mangan- und Nitrovergiftungen, die Vergiftungen bei der Fabrikation von Weichschiffen, Holzbrand, Syphilis, Boten, Trypus und Wurmbefall. Für einleuchtend ist der Stoff allerdings noch etwas dürftig. Die Ausbeute würde entschieden größer sein, wenn auch Hygieniker als Gewerbeinspektoren in Deutschland genannt würden. Es werden ferner behandelt die gewerblichen Hauterkrankungen, allgemeine und Organerkrankungen, besondere Erkrankungen durch gesundheitsgefährliche Einrichtungen und Gewohnheiten, die sanitären Verhältnisse in den Arbeits- und Unterkunftsräumen und die Wohn- und Fahrtscheinrichtungen. Das Buch sollte wenigstens von den größeren Bibliotheken unserer Ortsverbände und Ostvereine zur Belehrung der Mitglieder angeschafft werden.

Anzeigen-Zeil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Ausschreibung.
 Durch den Tod des Kameraden Hamacher ist dessen Stelle als Vorhänger des Gewerbetreibenden und Redakteur der wöchentlich erscheinenden Fachzeitschrift „Der Bergarbeiter“ neu zu besetzen. Schriftstellerisch und redigierfähig sind die Kollegen, welche die Stelle reflektieren, wollen ihre Bewerbungsanschreiben bis zum 15. März cr. an den unterzeichneten Vorstand einbringen. Solche, die mit den Bergarbeiterverhältnissen vertraut sind, werden allerdings bevorzugt. Dem Schreiben ist ein kurzgefaßter Lebenslauf und ein Aufsatz: „Die Aufgaben eines Gewerbetreibendens und Redakteurs einer Bergarbeiterzeitschrift“ beizufügen.
 Der Austritt der Stelle kann sofort nach erfolgter Wahl erfolgen, eventl. nach Vereinbarung.
 Oberhausen (Rhld.), 15. Februar 1908.
 Mühlmeierstr. 132.
Der Hauptvorstand des Gewerbetreibenden der Deutschen Bergarbeiter (G.D.).
 Magdeburg. Bauhandwerker. Renz, (Ostverb.). Durchreit. 75 Pfg. bei E. Schröder, Wesseln erhalten 50 Pfg. bei Aug. Guffenstr. 14. Reimer, Erlebrichstraße 86.

Der Gewerkverein
Jahrgang 1907
 auf feinem Papier gedruckt, dauerhaft gebunden, für Verbandsmitglieder und Vereinsbibliotheken
 — 5, sonst 7 Mark —
 bei vorheriger Einsendung des Betrages.
 N.B. Frühere Jahrgänge werden zu demselben Preise abgegeben.
 Bestellungen an den Verbandskassierer
R. Klein,
 Berlin N.O., Greifswalder Strasse 221/23.

Suche sofort 2-3 tüchtige Radelmacher
 auf Bezug für dauernd. Maschinenfabrik von Alwin Goldader, Raguin (Anhalt).
 Allen Kollegen und Verbandsmitgliedern empfiehlt seine
Büchsen- und Kranzbinderei
 zur Ausführung von Blumenarrangements jeder Art, Vereinskränzen usw. bei soliden Preisen.
 August Vogt,
 Berlin, Schwarzkopffstr. 7.
 Mitgl. d. D.-B. d. Maschinenbau.
 Wachen (Ostverbands). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pfg. Fernunterstützung im Arbeitervereinstaric Wachen, Koblentzweg 7. Ebenfalls selbst Arbeitsnachweis.